

Betreff:

Haushalt 2021 / Ansatzveränderungen Haushaltsoptimierung Dez. II

Organisationseinheit:

Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

26.01.2021

Beratungsfolge

Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

29.01.2021

Status

Ö

Beschluss:

Den Ansatzveränderungen Haushaltsoptimierung des Dezernats II mit den Bewertungen der Verwaltung zum Haushalt 2021 ff. wird entsprechend den Verwaltungsempfehlungen oder nach Maßgabe der Einzelabstimmungen zugestimmt.

Sachverhalt:

Der finale Stand der Dezernatslisten mit der von der Verwaltung im Ampelsystem erfolgten Bewertung der KGSt-Vorschläge zur HHO wurde am 29. Oktober 2020 in Form einer Mitteilung außerhalb von Sitzungen an den Rat der Stadt (s. Drucks.-Nr. 20-14553) zusammen mit dem Haushaltsplanentwurf 2021 veröffentlicht.

Grundlage der weiteren Beratungen bilden die bereits bekannten Dezernatslisten mit den jeweiligen HHO-Vorschlägen.

Nach Einarbeitung der Fachausschussergebnisse wird die Beratung der Listen „Ansatzveränderungen HHO“ im Finanz- und Personalausschuss (FPA) am 4. März 2021 erfolgen. Die um die Ergebnisse der Beratung im FPA ergänzten Listen zur HHO bilden dann wiederum die Grundlage für die Beratung im Verwaltungsausschuss bzw. die Haushaltslesung im Rat am 23. März 2021.

Um die FPA-Präsenzsitzung am 4. März 2021 vom Beratungsumfang her zu entlasten, soll die Liste mit den HHO-Ansatzveränderungen des Dezernats II in Abstimmung mit dem Ausschussvorsitzenden bereits im FPA am 29. Januar 2021 beraten werden. Vorgelagerte Fachausschussberatungen sind für die Liste des Dezernats II nicht erforderlich.

Die entsprechende Liste „Haushalt 2021 – Ansatzveränderungen HHO Dezernat II“ ist hierfür als Anlage beigefügt.

Dr. Kornblum

Anlage/n:



Ansatzveränderung HHO

												Potenzielle Haushaltswirkung gemäß KGSt					
Überschrift zu Zeile 1 der Vorschläge	Nr.	in HH-Entwurf 2021 enthalten Euro	Hinweise zu gelben Vorschlägen: Bearbeitung Prüfauftrag	Hinweise zu gelben Vorschlägen: Politische Entscheidung	Bereich				Kurzbeschreibung	Auswirkung (KGSt)	2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt	
Überschrift zu Zeile 2 der Vorschläge					Abstimmungsergebnis						Beschlossene Haushaltswirkung						
		Produkt	Projekt	Sachkonto	Ausschuss	dafür	dagegen	Enthaltung	Bemerkung zum Einzelvorschlag		2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt	
Zeile 1	001				II 10 Zentrale Dienste				Abschaffung der Druckversion der Mitarbeiterzeitschrift "WIR"	Aufwandsreduzierung	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	150.000 €	
		1.11.1145.01		916829 (ILV 61.2 Erzeugnisse Hausdruckerei)	FPA	keine Gremienzuständigkeit			Geschäft der laufenden Verwaltung. Der Oberbürgermeister hat im Rahmen seiner Zuständigkeit entschieden, den Vorschlag umzusetzen. Auf Bitte des Gesamtpersonalrates wird die Mitarbeiterzeitung ab dem Jahr 2021 jedoch für Beschäftigte, die keinen Zugang zu einem Dienstrechner haben, zusätzlich wieder als Printversion zur Verfügung gestellt. Der für diesen Kreis der Beschäftigten entstehende (kalkulatorische) Aufwand beträgt rund 4.800 EUR pro Jahr und wird über interne Leistungsbeziehungen im Haushalt abgebildet. Tatsächliches Einsparpotential, wie von der KGSt ermittelt, ist durch die Umsetzung des Vorschlages grundsätzlich nicht zu erzielen.			25.200 €	25.200 €	25.200 €	25.200 €		
Zeile 2																	
Zeile 1	002				II 10 Zentrale Dienste				Abschaffung des HuF (Handbuch und Fernsprechverzeichnis)	Aufwandsreduzierung	8.400 €	16.800 €	16.800 €	16.800 €	16.800 €	75.600 €	
					FPA	keine Gremienzuständigkeit			Geschäft der laufenden Verwaltung. Die Abschaffung des HuF erfolgt ab dem Jahr 2021 in organisatorischer Zuständigkeit des Oberbürgermeisters. (vgl. 20-14762 und 20-14961).			0 €	0 €	0 €	0 €		
Zeile 2																	
Zeile 1	003				II 10 Zentrale Dienste				Reduzierung der Leistungen der Fahrzentrale	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	0 €	51.000 €	51.000 €	51.000 €	51.000 €	204.000 €	
					FPA	keine Gremienzuständigkeit			Als Geschäft der laufenden Verwaltung hat der Oberbürgermeister entschieden, den Vorschlag nicht umzusetzen. Die Kennzeichnung des Vorschlages ist von „gelb“ in „rot“ zu ändern.			0 €	0 €	0 €	0 €		
Zeile 2																	
Zeile 1	004				II 10 Zentrale Dienste				Lohnabrechnung in digitaler Form einführen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €	
					FPA	keine Gremienzuständigkeit			Der Vorschlag kann noch nicht abschließend bewertet werden, da der mit der Lohnabrechnung beauftragte Dienstleister durch die Corona-Pandemie keine freien Ressourcen hat, die notwendigen Programmierungen zu erstellen. Die Ampelfarbe verbleibt zunächst „gelb“. Auswirkungen auf den Haushalt können aktuell nicht benannt werden. Grundsätzlich liegt der Vorschlag als Geschäft der laufenden Verwaltung in der Entscheidungszuständigkeit des Oberbürgermeisters.								
Zeile 2																	
Zeile 1	005				II 10 Zentrale Dienste				Reduzierung von Druckkosten	Aufwandsreduzierung	80.600 €	80.600 €	80.600 €	80.600 €	80.600 €	403.000 €	
					FPA	keine Gremienzuständigkeit			Geschäft der laufenden Verwaltung. Der Vorschlag wurde bereits zum Haushalt 2020 umgesetzt und ist in der Finanzplanung 2021 ff. entsprechend berücksichtigt.			0 €	0 €	0 €	0 €		
Zeile 2																	
Zeile 1	006				II 10 Zentrale Dienste				Verzicht auf öffentliche Bekanntmachung in Braunschweiger Zeitung	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €	
					FPA				Die Veröffentlichungen in der Braunschweiger Zeitung beruhen auf den gesetzlichen Regelungen des NKomVG in Verbindung mit der städtischen Hauptsatzung. Es gibt einen aktuellen Änderungsentwurf zum NKomVG, in dem u. a. die Bekanntmachungspraxis für Kommunen modifiziert werden soll. Sofern sich aus der endgültigen Gesetzesfassung ein Gestaltungsspielraum für Veröffentlichungen ergeben sollte, wird die Verwaltung dem Rat eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung vorschlagen. Die Ampelkennzeichnung verbleibt bis dahin bei „gelb“.								
Zeile 2																	
Zeile 1	007				II 10 Zentrale Dienste				Wiederbesetzungssperren für Stellen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €	
					FPA	keine Gremienzuständigkeit			Der Oberbürgermeisters hat im Rahmen seiner Zuständigkeit entschieden, dass der Vorschlag nicht umgesetzt wird. Die Ampelkennzeichnung ist von "gelb" in "rot" zu ändern.			0 €	0 €	0 €	0 €		
Zeile 2																	
Zeile 1	008				II 10 Zentrale Dienste				Verzicht auf kostenlosen Flaggenverleih	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	810 €	810 €	810 €	810 €	810 €	4.050 €	
					FPA	keine Gremienzuständigkeit			Geschäft der laufenden Verwaltung. Der Oberbürgermeister hat im Rahmen seiner Zuständigkeit entschieden, den Vorschlag nicht umzusetzen.			0 €	0 €	0 €	0 €		
Zeile 2																	
Zeile 1	009				II 10 Zentrale Dienste				Reduzierung/Abschaffung der Ehrung von Ehejubiläen und Geburtstagen (zuzgl. E6-Stelle)	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	22.250 €	38.500 €	38.500 €	38.500 €	38.500 €	176.250 €	
					FPA	keine Gremienzuständigkeit			Geschäft der laufenden Verwaltung. Der Oberbürgermeister hat im Rahmen seiner Zuständigkeit entschieden, den Vorschlag nicht umzusetzen.			0 €	0 €	0 €	0 €		
Zeile 2																	
Zeile 1	010				II 10 Zentrale Dienste				Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Vergabe der Personalkostenabrechnung an Dritte	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €	
					FPA				Die von der KGSt empfohlene Prüfung einer Vergabe wird durchgeführt. Sie ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Evtl. künftige Auswirkungen auf den Haushalt sind derzeit nicht absehbar und daher im Haushaltsplanentwurf 2021 nicht enthalten.								
Zeile 2																	
Zeile 1	011				II 10 Zentrale Dienste				Reduzierung der Portokosten	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €	

					FPA	Vorschlag bereits beschlossen			Der Vorschlag wurde umgesetzt (vgl. 20-13559) und ist im Haushaltsplanentwurf 2021 sowie der Finanzplanung 2022 ff. bereits entsprechend berücksichtigt.			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 2						II 10 Zentrale Dienste			Einmalige Reduzierung des Fortbildungsbudgets	Aufwandsreduzierung	12.500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	12.500 €
Zeile 1	012					II 10 Zentrale Dienste			Einmalige Reduzierung des Fortbildungsbudgets	Aufwandsreduzierung	12.500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	12.500 €
					FPA	keine Gremienzuständigkeit			Geschäft der laufenden Verwaltung. Der zentrale Fortbildungsansatz beträgt aufgrund Festlegung und Zuständigkeit des Oberbürgermeisters ab dem Jahr 2021 dauerhaft 250.000 EUR.							
Zeile 2						II 10 Zentrale Dienste			Verzicht auf Gesundheitskurse	Aufwandsreduzierung	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	100.000 €
Zeile 1	013					II 10 Zentrale Dienste			Verzicht auf Gesundheitskurse	Aufwandsreduzierung	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	100.000 €
					FPA	keine Gremienzuständigkeit			Geschäft der laufenden Verwaltung. Der Vorschlag wurde bereits zum Haushalt 2020 umgesetzt und ist in der Finanzplanung 2021 ff. entsprechend berücksichtigt.			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 2						II 10 Zentrale Dienste			LOB für Beamte aussetzen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	1.050.000 €	1.050.000 €	1.050.000 €	1.050.000 €	1.050.000 €	5.250.000 €
Zeile 1	014					II 10 Zentrale Dienste			LOB für Beamte aussetzen	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	1.050.000 €	1.050.000 €	1.050.000 €	1.050.000 €	1.050.000 €	5.250.000 €
					FPA	VA-Beschluss liegt bereits vor			Der Verwaltungsausschuss hat am 08.12.2020 dem geänderten System zur Leistungsorientierten Bezahlung für Beschäftigte sowie Beamtinnen und Beamte ab dem Jahr 2021 zugestimmt (20-14661).			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 2						II 10 Zentrale Dienste			Kündigung von Hansefit	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	0 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €	240.000 €
Zeile 1	015					II 10 Zentrale Dienste			Kündigung von Hansefit	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	0 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €	240.000 €
					FPA				Der Vorschlag wird umgesetzt, jedoch nicht durch Kündigung des Hansefit-Vertrages. Durch Werbung in der Mitarbeiterzeitung sowie Rundschreiben an alle Beschäftigten wird versucht, eine Steigerung der Teilnehmerzahlen zu erreichen und gleichzeitig den städtischen Zuschussbedarf zu reduzieren. Im Haushaltsplanentwurf 2021 sowie der Finanzplanung 2022 ff. ist eine höhere Ertragerwartung von 30.000 EUR vorgesehen.	Die geplanten Mehrerträge werden als Minuswerte dargestellt.		-30.000 €	-30.000 €	-30.000 €	-30.000 €	-120.000 €
Zeile 2						II 10 Zentrale Dienste			Kündigung von Hansefit	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	0 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €	240.000 €
Zeile 1	016					II 10 Zentrale Dienste			Reduzierung der Ausbildungskosten	Aufwandsreduzierung	67.000 €	267.000 €	467.000 €	850.000 €	850.000 €	2.501.000 €
					FPA	Vorschlag bereits beschlossen			Gemäß der Entscheidung des Verwaltungsausschusses vom 18.06.2019 (19-11045-01) wurde der Vorschlag bereits zum Haushalt 2020 umgesetzt und ist in der Finanzplanung 2021 ff. entsprechend berücksichtigt.			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 2						II 10 Zentrale Dienste			Aussetzung der Zuführungen zum "Pensionsfonds"	Aufwandsreduzierung	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zeile 1	017					II 10 Zentrale Dienste			Aussetzung der Zuführungen zum "Pensionsfonds"	Aufwandsreduzierung	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
					FPA	Vorschlag bereits beschlossen			Der Vorschlag wurde bereits zum Haushalt 2020 umgesetzt und ist in der Finanzplanung 2021 ff. entsprechend berücksichtigt (20-12461).			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 2						II 10 Zentrale Dienste			Reduzierung der dienstlich anerkannten Privat-PKW	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	58.000 €	58.000 €	58.000 €	58.000 €	58.000 €	290.000 €
Zeile 1	018					II 10 Zentrale Dienste			Reduzierung der dienstlich anerkannten Privat-PKW	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	58.000 €	58.000 €	58.000 €	58.000 €	58.000 €	290.000 €
					FPA				Die Umsetzung des Vorschlages wird im Zusammenhang mit dem vom Rat beschlossenen E-Mobilitätskonzept geprüft. Aus dem Konzept ergibt sich, dass die Maßnahme "Abschaffung der dienstlichen Nutzung von privaten Pkw" erst mittelfristig umgesetzt werden soll. Konkrete Auswirkungen auf den Haushalt können daher derzeit nicht beziffert werden. Die Ampelkennzeichnung verbleibt vorerst bei "gelb".			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 2						II 10 Zentrale Dienste			Einfrieren des Taschengeldes für FSJ, FÖJ und BFD	Aufwandsreduzierung	4.000 €	4.100 €	4.200 €	4.300 €	4.400 €	21.000 €
Zeile 1	019					II 10 Zentrale Dienste			Einfrieren des Taschengeldes für FSJ, FÖJ und BFD	Aufwandsreduzierung	4.000 €	4.100 €	4.200 €	4.300 €	4.400 €	21.000 €
					FPA	keine Gremienzuständigkeit			Geschäft der laufenden Verwaltung. Aufgrund der Entscheidung des Oberbürgermeisters wurde der Vorschlag bereits zum Haushalt 2020 umgesetzt und ist in der Finanzplanung 2021 ff. entsprechend berücksichtigt.			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 2						II 10 Zentrale Dienste			Einstellung der Beteiligung an der Initiative Zukunft Bilden der Braunschweiger Zeitung	Aufwandsreduzierung	7.500 €	7.500 €	7.500 €	7.500 €	7.500 €	37.500 €
Zeile 1	020					II 10 Zentrale Dienste			Einstellung der Beteiligung an der Initiative Zukunft Bilden der Braunschweiger Zeitung	Aufwandsreduzierung	7.500 €	7.500 €	7.500 €	7.500 €	7.500 €	37.500 €
		100-1400		426120	FPA	keine Gremienzuständigkeit			Geschäft der laufenden Verwaltung. Gemäß der Entscheidung des Oberbürgermeisters wird der Vorschlag ab dem Jahr 2021 umgesetzt, ist jedoch im Finanzplanungszeitraum 2021 bis 2024 noch nicht enthalten.			7.500 €	7.500 €	7.500 €	7.500 €	
Zeile 2						II 10 Zentrale Dienste			Schließung der Verwaltungsbücherei	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	55.000 €	90.000 €	90.000 €	90.000 €	90.000 €	415.000 €
Zeile 1	021					II 10 Zentrale Dienste			Schließung der Verwaltungsbücherei	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	55.000 €	90.000 €	90.000 €	90.000 €	90.000 €	415.000 €
					FPA	keine Gremienzuständigkeit			Der Oberbürgermeisters hat im Rahmen seiner Organisationshoheit entschieden, den Vorschlag nicht umzusetzen. Die Ampelkennzeichnung ist von „gelb“ auf „rot“ zu ändern.			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 2						II 0140 Rechnungsprüfungsamt			Reduzierung der Zahl der Stellen	Aufwandsreduzierung		70.000 €	70.000 €	70.000 €	70.000 €	280.000 €
Zeile 1	033					II 0140 Rechnungsprüfungsamt			Reduzierung der Zahl der Stellen	Aufwandsreduzierung		70.000 €	70.000 €	70.000 €	70.000 €	280.000 €
					FPA				Eine Stellenreduzierung im Rchnungsprüfungsamt ist aus Sicht des Oberbürgermeisters nicht möglich und somit im Entwurf zum Stellenplan 2021, welcher der Politik vorliegt, nicht vorgesehen.			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 2						II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit			Wegfall der postalischen Benachrichtigung zur Abholung von Führerscheinen in der Straßenverkehrsabteilung	Aufwandsreduzierung	840 €	840 €	840 €	840 €	840 €	4.200 €
Zeile 1	042					II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit			Wegfall der postalischen Benachrichtigung zur Abholung von Führerscheinen in der Straßenverkehrsabteilung	Aufwandsreduzierung	840 €	840 €	840 €	840 €	840 €	4.200 €
		1.12.1221.33		443135	FPA											
Zeile 2						II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit			Verwaltungsgebühren erhöhen	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
Zeile 1	043					II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit			Verwaltungsgebühren erhöhen	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
		diverse		331110	FPA											
Zeile 2						II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit			Bußgelder erhöhen	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
Zeile 1	044					II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit			Bußgelder erhöhen	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
		diverse		356110	FPA				Umsetzung wegen bundeseinheitlichem Bußgeldkatalog und anderen rechtlichen Vorgaben stark eingeschränkt.							
Zeile 2						II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit			Erhöhung der Gebühren für Ambiente-Trauerungen	Ertragserhöhung	6.300 €	7.020 €	7.020 €	7.020 €	7.020 €	34.380 €
Zeile 1	045					II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit			Erhöhung der Gebühren für Ambiente-Trauerungen	Ertragserhöhung	6.300 €	7.020 €	7.020 €	7.020 €	7.020 €	34.380 €
		1.12.1221.62		331110	FPA											
Zeile 2						II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit			Ausweitung der Kontrollzeiten von Politessen	Ertragserhöhung (zu prüfen)		200.000 €	200.000 €	200.000 €	200.000 €	800.000 €
Zeile 1	046					II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit			Ausweitung der Kontrollzeiten von Politessen	Ertragserhöhung (zu prüfen)		200.000 €	200.000 €	200.000 €	200.000 €	800.000 €
		1.12.1221.21			FPA				Ertragserhöhung für 2021 wegen vakanter Parkraum-überwacher-Stellen nicht eingeplant. Siehe hierzu auch Stellungnahme zur Anfrage A 022 der Fraktion P².			0 €				
Zeile 2						II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit			Ausweitung der Kontrollzeiten von Politessen	Ertragserhöhung (zu prüfen)		200.000 €	200.000 €	200.000 €	200.000 €	800.000 €

Zeile 1	047				II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				Verzicht auf die Fortführung der Tierkörpersammelstelle	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)	0 €	5.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	35.000 €
Zeile 2		1.53.5371.02			FPA				Umsetzung nicht mehr in 2021, daher keine entsprechende Aufwandsreduzierung.			0 €				
Zeile 1	048				II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				Erhöhung der Gebühren für den Bewohnerparkausweis	Ertragserhöhung						0 €
Zeile 2		1.12.1221.43		331110	FPA											
Zeile 1	049				II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				Politessen nicht mehr in 2er Teams arbeiten lassen	Ertragserhöhung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		1.12.1221.21			FPA											
Zeile 1	050				II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				Abschaffung der Neubürgermappen	Aufwandsreduzierung	7.400 €					7.400 €
Zeile 2		1.12.1221.42		443175	FPA				Siehe hierzu gegenläufigen finanzwirksamen Antrag der Fraktion P² und die Stellungnahme des FB 32.							
Zeile 1	051				II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				Zusammenlegung von 32.4 und 32.3 in der Friedrich-Seele-Straße 7	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2		diverse		diverse	FPA				Nach derzeitigem Informationsstand wegen nicht ausreichender Raumkapazität nicht realisierbar.							
Zeile 1	057				II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				Einsparungen beim Zentralen Ordnungsdienst (ZOD)	Aufwandsreduzierung						0 €
Zeile 2		1.12.1221.14		diverse	FPA											
Zeile 1	060				II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				Erhöhung der Gebühren für Beglaubigungen	Ertragserhöhung	8.900 €	8.900 €	8.900 €	8.900 €	8.900 €	44.500 €
Zeile 2		1.12.1221.43		331110	FPA											
Zeile 1	065				II 10 Zentrale Dienste				Einsparung von Kosten bei Veröffentlichungen in (örtlichen) Telefonbüchern	Aufwandsreduzierung	0 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	40.000 €
Zeile 2					FPA	keine Gremienzuständigkeit			Geschäft der laufenden Verwaltung. Der Vorschlag wird ab dem Jahr 2021 umgesetzt. Eine Aufwandsreduzierung in Höhe von 11.400 EUR ist im Finanzplanungszeitraum 2021 bis 2024 bereits enthalten.			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 1	069				II 32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				Leichter Anstieg der Gebühren für Gewerbeanmeldungen und Gewerbeummeldungen	Ertragserhöhung						0 €
Zeile 2		1.12.1221.12		331110	FPA											
Zeile 1	071				II - 0300 Rechtsreferat - verlagert von Dez. I				Prüfung des Bedarfs an externen Gutachten	Aufwandsreduzierung	0 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	120.000 €
Zeile 2					FPA	keine Gremienzuständigkeit			Geschäft der laufenden Verwaltung. Der Vorschlag wird grundsätzlich umgesetzt. Finanzielle Auswirkungen sind im Finanzplanungszeitraum 2021 ff. noch nicht enthalten und können zentral durch das Referat 0300 nicht beziffert werden, da die Ansätze in den jeweiligen Teilhaushalten der anderen Organisationseinheiten veranschlagt sind.			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 1	073				II 0300 Rechtsreferat - verlagert von Dez. I				Kündigung aller Abonnements / Abbau von Doppelungen der Abonnements	Aufwandsreduzierung	0 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	60.000 €
Zeile 2					FPA	keine Gremienzuständigkeit			Geschäft der laufenden Verwaltung. Die endgültige Prüfung des Vorschlages ist noch nicht erfolgt. Es können daher noch keine finanziellen Auswirkungen für den Haushalt 2021 beziffert werden. Dieses ist frühestens für den Haushalt 2022 möglich. Evtl. Einsparungen würden in allen Teilhaushalten erfolgen.			0 €	0 €	0 €	0 €	
Zeile 1	074				II 0300 Rechtsreferat - verlagert von Dez. I				Prüfung des Bedarfs an externen Gutachten im Bereich des Rechtsamtes	Aufwandsreduzierung (zu prüfen)						0 €
Zeile 2					FPA	keine Gremienzuständigkeit			Der Vorschlag korrespondiert mit 071.			0 €	0 €	0 €	0 €	